



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 28.

N^o 132.

Donnerstag den 8. Juni

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.
Heute erscheint der 24. 25. 26. Bogen des 1. Abonnements: Berlin Bogen 16. Frankfurt Bogen 9. 10.

Mit dem 30. Bogen ist das 1. Abonnement beendet. Auf das 2. Abonnement (Bogen 31 bis 60) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Die kaiserliche russische Gesandtschaft zu Berlin ist von der Warschauer Regierung angewiesen worden: „die Pässe zu erläßiger und unverdächtigter Geschäftsleute, die auf keine Weise durch die letzten politischen Ereignisse im Großherzogthum Posen compromittirt sind, und welche den im laufenden Monate zu Warschau stattfindenden Wollmarkt besuchen wollen, unter der Bedingung zu visiren, daß diese Reisenden auf geradem Wege sich nach Warschau begeben, dort nur bis zur Beendigung des Wollmarktes bleiben und sodann auf directem Wege in die Heimath zurückkehren.“

Im Interesse des hiesigen Handelsstandes wird dies hiermit bekannt gemacht.

Breslau, den 6. Juni 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Die 11te Sitzung begann um halb 1 Uhr unter Mildes Präsidium mit Verlesung des Protokolls, welches ohne Erinnerung Seitens der Mitglieder angenommen wurde, nur der Minister des Unterrichts, Hr. Schwerin, erhob Bedenken und erklärte sich mit seiner einfachen Bemerkung für zufrieden gestellt. Hr. Hausmann verlas ein Schreiben des General-Postmeisters wegen der Portofreiheit. Hr. Cieszkowski glaubt annehmen zu können, daß das Staatsministerium über die Sachlage im Posenschen nicht unterrichtet sei. Der Minister des Innern, v. Auerswald, berichtet den tatsächlichen Irrthum. Hr. Eliba will eine dringende Verwaltungsbeschwerde erheben, gelangt aber nicht zu Wort; eben so ergeht es Herrn Jung, welcher über das den Berliner Märzheiden zu sendende Denkmal sprechen, desgleichen Herrn Herrmann, welcher die deutsche Flotte zum Gegenstand machen, und Herrn Maas, welcher über ungehörige Anträge sprechen wollte.

Hr. v. Potrywnicki interpellirt den Minister des Auswärtigen über die polnischen Angelegenheiten und Lamartines Aeußerung darüber, so weit sie Preußen betreffen. Der Minister v. Arnim liest zunächst die am 24. Mai gehaltene Rede Lamartines in getreuer Uebersetzung und macht seine Bemerkungen dazu, wobei er dem französischen Agenten, Herrn Circourt, welcher zwei Monate hier gewilt, volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und eine Note desselben von Lamartine vorliest. Darin wird Preußens Verhalten als vollkommen gerechtfertigt dargestellt und die dort beobachtete Menschlichkeit gerühmt. So (sagt Hr. v. A.) beurtheile „ein redlicher Berichterstatter“ Preußens Verfahren in Betreff Posen und er hoffe, daß es im deutschen Vaterlande eben so gewürdigt werde.

Hr. Kirstein interpellirt den Finanzminister über die gegenwärtige Lage der freiwilligen Staatsanleihe und eine etwaige Umwandlung in eine Zwangsanleihe. Letztere werde im In- und Auslande große Mißstimmung und Aufregung hervorrufen und uns in den Geruch eines schlechten Patriotismus bringen.

Der Finanzminister Hansemann: In der Thronrede stehe, daß die Ersparnisse der Vergangenheit nicht ganz aufgezehrt seien (Gelächter.) Eine Zwangsanleihe müsse freilich Mißstimmung erregen, da noch nie ein Zwang zum Geldgeben einen angenehmen Eindruck gemacht habe. Uebrigens seien bis gegen den Schluß des v. Mts. noch nicht 1 Mill. Thaler im ganzen Lande eingegangen. Der Finanzminister habe aber die Pflicht,

den Staatsbedürfnissen gerecht zu werden, und so werde binnen wenigen Tagen ein Gesetzentwurf wegen Aufbringung einer Zwangsanleihe eingebracht, welche letztere unter weit weniger günstigen Bedingungen als die freiwillige Anleihe ausgegeben werden könne. Eine Anleihe im Auslande aufzunehmen, sei jetzt mit zu großen Opfern verknüpft; wenn überall Ruhe und Ordnung hergestellt — wozu diese Versammlung viel beitragen könne — lasse sich das eher bewerkstelligen. Je schneller die Landesanglegenheiten erledigt seien, um so schneller können Anleihen abgeschlossen werden. Dann sollen, falls der Redner um diese Zeit noch Finanzminister sei, Vorschläge zu großartigen Unternehmungen im Lande gemacht und der wirklichen Noth der Arbeiter gesteuert werden. (Beifall zur Rechten, welcher indeß von Linken überdeckt wird.)

Herr Hartmann (Abg. für den D. Croner Wahlkreis) macht, um, wie er sagte, vielfach böswillig ausgebreitete abenteuerliche Gerüchte zu beseitigen, die bezüglich angekündigte Anfrage, weshalb der Prinz von Preußen von dem Vaterlande entfernt gehalten worden?

Ministerpräsident Camphausen (tiefe Stille): Ehe ich auf Beantwortung dieser Frage eingehe, bitte ich des Umstandes eingedenk zu sein, daß nach dem Grundgedanken der Verfassung, in welche wir einzutreten begriffen sind, die Räte der Krone ausschließlich verantwortlich sein sollen für das, was unter ihrem Rathe geschieht, der König und das königliche Haus aber stets aus der Debatte bleiben müssen, was die Versammlung wohl zu berücksichtigen haben wird. Sodann erwähne ich, daß das jetzige Ministerium erst am 30. März, aus freiem Antriebe, sich verantwortlich erklärt hat. Dies vorangeschickt, gehe ich zur Sache. Nach dem großen Kampfe, welcher am 18. März in Berlin stattgehabt, ist am 19. März dem Prinzen von Preußen von seinen Freunden gerathen worden, wegen der großen, gegen ihn herrschenden Aufregung die Stadt zu verlassen. Der Prinz ging nach Spandau und von da nach der Pfauen-Insel (bei Potsdam), wo er am 20. und 21. März verweilte. Am 20sten Abends setzte das Gerücht, daß der Prinz mit einer großen Heeresabtheilung anrückte, die Stadt in furchtbare Bewegung. Obwohl das Gerücht völlig unbegründet war, so drückten die damaligen Minister doch dem Könige den Wunsch aus, daß der Prinz eine Reise in das Ausland antrete. Der König hat nachgegeben und eine diesfällige mündliche Mittheilung an den Prinzen gelangen lassen, dieser aber darauf erklärt, keinem mündlichen, sondern nur einem schriftlichen Befehle des Königs folgen zu wollen. Der König hat demgemäß in einem eigenhändigen Schreiben dem Prinzen den Auftrag gegeben, dem befreundeten englischen Hofe Bericht über das hier Vorgefallene zu erstatten. Der Prinz hat dann während seines Aufenthalts in England die dortigen Marine-Anstalten besichtigt. — Was nun die Dauer des Aufenthalts, welchen der Prinz in England genommen, betrifft, so hatten wir früher keinen Anlaß auf die Rückkehr anzutragen, auch nicht geglaubt, daß unser Schritt eine Aufregung hervorbringen werde. Trifft uns deshalb ein Vorwurf, so müssen wir uns unterwerfen. Unserer Ansicht nach muß aber der Thronfolger bei der Vereinbarung des Verfassungswerks anwesend sein. Hiermit könnte ich, in Erledigung der Anfrage schließen, ich will indeß noch folgendes beweisen: wir haben die bittersten Angriffe wegen der beantragten Rückkehr des Prinzen auch um deshalb erfahren, als ob wir damit die nothwendigen Konsequenzen

unserer inneren Zustände verleugneten. Der Antrag war eine rein ministerielle Maßregel, wofür wir Ihnen verantwortlich sind und bleiben. Wir haben geglaubt, daß der Antrag dazu beitragen werde, die Verfassung sicher zu begründen und reaktionäre Strebungen — falls sie wirklich in unserm Lande bestehen — auf das friedlichste zu beseitigen. Wir, die Minister, wollten alle Angriffe übernehmen und die Versammlung nur über eine ministerielle Maßregel urtheilen lassen: wir haben uns als Schild vor die Dynastie gestellt. Ihrem, der Versammlung Urtheile bieten wir uns dar. Ich spreche das nicht mit Stolz, sondern mit Demuth, in der Ueberzeugung aus, daß die hohe Aufgabe der Versammlung nur gelöst werden kann, wenn der Geist der Milde und der Versöhnung sich herabsetzt und neben Gerechtigkeit auch Nachsicht geübt wird. (Lebhafter Beifall.)

Herr Müller (Abg. für Wohlau): Auf die in der Breslauer Zeitung vom 1. Juni aus Wien vom 29. Mai enthaltene Mittheilung frage er den Minister der auswärtigen Angelegenheiten: 1) ob der preussische Gesandte in Wien dem Kaiser nach Innsbruck gefolgt ist? 2) wo die preussische Regierung gegenwärtig den Sitz der höchsten Staatsgewalt Oesterreichs erachte, ob in Innsbruck, wo der Kaiser und die Gesandten weilten, oder in Wien, wo die verantwortlichen Minister sich befänden? (Gelächter.) Minister v. Arnim: Aus der Weise, wie die Versammlung den Antrag aufnehme, ergebe sich schon, daß eine ernstliche Antwort nicht verlangt werde! doch wolle er sofort zur ersten Frage erwidern, daß die Gesandten bei den Herrschern und zwar von Person zu Person beglaubigt seien. Der bisherige Gesandte Gr. Arnim sei auf seinen Wunsch abberufen worden, sein Nachfolger, Herr Bernsdorf, in Wien angekommen, ohne den Kaiser dort zu treffen. Gester, um das Abberufungsschreiben einzuhändigen, mußte den Kaiser aufsuchen. Es sei möglich, daß Gr. Bernsdorf, welcher wegen eines freudigen Familien-Ereignisses, das man nicht gern in einer insurgirten Stadt vor sich gehen lasse, aus Wien auf einige Tage verreist gewesen, sein Beglaubigungsschreiben dort werde abgeben können. Was die zweite Frage betreffe, so könne sie, da es sich nur um eine Ansicht der Regierung handle, nicht beantwortet werden.

Gr. Cieszkowski fragt: 1) ist das Ministerium hinlänglich von dem geschlossenen Zustande in der Provinz Posen unterrichtet, wo jeder Pole vogelfrei ist (oh, oh!), Freischaaern sogar umherziehen, Verhaftungen vornehmen und die Gefangenen binden? 2) was es für eine Bewandniß mit der brandmarkartigen Zeichnung polnischer Gefangenen habe? Der Minister des Innern v. Auerswald: In der bestimmten Voraussetzung, daß die bevorstehenden Verhandlungen über die Adresse und die wegen der Posenschen Angelegenheit eingesetzte Untersuchungs-Commission reichlichen Anlaß zur Beantwortung dieser Fragen bieten werden, werde heute eine kurze Beantwortung genügen. Was die erste Frage betreffe, so habe das Ministerium nichts versäumt, sich vollständige, genaue Kenntniß über die Zustände im Posenschen zu verschaffen. Was die zweite angehe, so dürfe es keine Frage sein, daß, soweit derartige Zeichnungen stattgefunden, die Regierung ihre tiefste Entrüstung ausgesprochen habe. Uebrigens seien jene nicht mit einem ähnden, sondern mit einem leicht verfliegenden Stoffe vorgenommen worden.

Herr Richter fragt den Minister des Innern, ob es begründet sei, daß Berliner Fabrikarbeiter bewaffnet worden und in welchem Umfange mit dieser Bewaffnung fortgefah-

(D, = P, = U, = Z.)

(Desterr. 3.)

(I. B.)

(Oesterr. 3.)

X Aus Siebenbürgen, 30. Mal. Der hiesige Landtag in Klausenburg hat zwar entschieden, daß Siebenbürgen mit Ungarn ein Reich ausmachen soll; allein damit sind keinesweges alle Parteien einverstanden. Bisher hatten nämlich die Grafen und Baronen keine Vorrechte vor dem andern Adel, der allein die ungarische Nation repräsentirt; da jetzt diese höhern Adelsklassen die Magnatenrechte erhalten, giebt es auch unter den Ungarn viele Unzufriedene. Die Sachsen aber, die deutschen Einwanderer aus dem 13. Jahrhundert, mit den blühenden Städten Hermannstadt und Kronstadt sind gegen eine Vereinigung mit Ungarn, da ihr Nationalitäts-Fanatismus es bereits dahin gebracht hat, daß sie auf den Landtagen sich nicht mehr der deutschen Sprache bedienen dürfen, sondern ungarisch reden müssen, obwohl sie von ihren 7 Burgen aus die Ungarn vor den Türken lange beschützt haben, bis die Ungarn sich selbst in Siebenbürgen unter türkischen Schutz stellten. Die hiesigen Sachsen ziehen vor, sich dem südslawischen Reich anzuschließen, daß sich von hier aus längs der Donau bis Triest erstrecken soll und welches künftig der Träger der österreichischen Monarchie, vielleicht mit Böhmen werden soll. Am wenigsten zufrieden mit der ungarischen Union sind aber die hiesigen Bauern, meist der walachischen oder romanischen Nation angehörig, die Ureinwohner des Landes; sie haben mit den Sachsen gleiches Interesse, da sie aber der griechischen Religion zugehörig sind, würden sie leicht für Rußland gewonnen werden.

